

Der Bundeskanzler und die Bundesministerien bilden zusammen das Bundeskabinett.
Den Vorsitz im Bundeskabinett führt der Bundeskanzler

Gerhard Schröder

Bundeskanzler SPD

Joseph (Joschka) Fischer

Außenminister und Vizekanzler Bündnis 90/Die Grünen

Hans Eichel

Bundesminister der Finanzen

Otto Schilly

Bundesminister des Inneren SPD

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin

Bundesministerin der Justiz SPD

Dr. Peter Struck

Bundesminister der Verteidigung SPD

Walter Riester

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung SPD

Renate Künast

Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Bündnis 90/Die Grünen

Jürgen Trittin

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktionssicherheit Bündnis 90/Die Grünen

Heidemarie Wiecek-Zeul

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung SPD

Dr. Phil. Werner Müller

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie parteilos

Kurt Bodewig

Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen SPD

Ulla Schmidt

Bundesministerin für Gesundheit SPD

Dr. Christine Bergmann

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend SPD

Edelgard Bulmahn

Bundesministerin für Bildung und Forschung SPD

Die Rolle des Bundeskanzlers

Der Bundeskanzler hat eine hervorgehobene Stellung in der Regierung. Er ist sozusagen der "Kapitän" der Regierung. Er bestimmt, wer Mitglied der Regierung werden soll, denn ihm allein steht das Recht zur Kabinettsbildung zu. Er wählt die Minister aus und macht einen für den Bundespräsidenten verbindlichen Vorschlag ihrer Ernennung oder Entlassung. Er entscheidet außerdem über die Zahl der Minister und legt ihre Geschäftsbereiche fest. Der Bundeskanzler bestimmt die Eckpfeiler der Regierungspolitik (sog. Kanzlerprinzip).

Die Rolle der Minister

Obwohl der Bundeskanzler ein Weisungsrecht gegenüber seinen Ministern besitzt, betont die Verfassung allerdings auch, dass die Bundesminister innerhalb des festgelegten politischen Rahmens ihren Geschäftsbereich selbständig und eigenverantwortlich leiten (Ressortprinzip). Mancher Ressortminister kann sich zudem durch eigene Leistung, geschickten Umgang mit der Öffentlichkeit oder durch starken Rückhalt bei parlamentarischen oder außerparlamentarischen Kräften eine starke Stellung schaffen.

Das Zusammenspiel der Regierungskräfte: Der Kanzler und sein Kabinett

In den 50 Jahren Bundesrepublik hat sich gezeigt, daß trotz der starken Position des Kanzlers die Leistungsfähigkeit der Regierung nicht allein durch ihn gewährleistet werden kann. Selbst wenn ihm das Bundeskanzleramt eine straffe Führung und Koordination von der Zentrale aus ermöglicht. Eine bedeutsame Rolle in der Praxis des Regierens spielt das Kollegium, das aus dem Bundeskanzler und den Ministern besteht.

Drei wichtige Arbeitsgrundsätze

Für dieses Zusammenspiel in der Bundesregierung sieht das Grundgesetz drei wichtige Arbeitsprinzipien vor: Das Kanzler-, das Kollegial- und das Ressortprinzip. Sie regeln den Umgang und die Arbeitsteilung im Kabinett.

Das Kanzlerprinzip

Nach dem Kanzlerprinzip bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Das bedeutet, genauer gesagt: Er leitet die Geschäfte der Bundesregierung. Grundlage hierfür ist eine vom Kabinett beschlossene Geschäftsordnung. Sie wird vom Bundespräsidenten genehmigt.

Das Kollegialprinzip

Nach dem Kollegialprinzip entscheiden Kanzler und Minister gemeinsam, wenn über Angelegenheiten von allgemeiner politischer Bedeutung diskutiert wird. Bei Meinungsverschiedenheiten ist der Kanzler allerdings Erster unter Gleichen. Dies bedeutet: Kommt es zum Streit zwischen den Ministern, schlichtet der Bundeskanzler. Das Kabinett muss schließlich mit Mehrheit zu einer Entscheidung finden.

Das Ressortprinzip

Nach dem Ressortprinzip leitet jeder Minister seinen Aufgabenbereich in eigener Verantwortung. Der Bundeskanzler darf deshalb nicht ohne Weiteres in die Befugnisse seiner Minister "hineinregieren". Zugleich muss jeder Minister allerdings darauf achten, seine Entscheidungen nur innerhalb des vom Kanzler vorgegebenen politischen Rahmens zu treffen.

Wie die Bundesregierung entsteht

1. Die Wahl des Bundestages

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" - so steht es in Artikel 20 des Grundgesetzes.

Entsprechend werden die Abgeordneten des Bundestages alle vier Jahre in allgemeiner, freier, unmittelbarer, gleicher und geheimer Wahl ermittelt.

Mit der Bundestagswahl wird somit noch nicht der Bundeskanzler oder die Bundesregierung gewählt, sondern die Volksvertretung im Bundestag. Eine direkte Wahl des Kanzlers durch das Volk gibt es in Deutschland nicht.

2. Die Wahl des Bundeskanzlers

Der Bundeskanzler wird vom Bundestag ohne Aussprache gewählt. Dabei wird der Bundespräsident natürlich den aus der Bundestagswahl hervorgegangenen „Wahlsieger“ vorschlagen, d.h. denjenigen Spitzenkandidaten, dessen Partei die meisten Stimmen erringen konnte.

Zum Bundeskanzler gewählt wird, wer die Mehrheit der Stimmen der Bundestagsabgeordneten auf sich vereint. Danach muss der Bundespräsident den Gewählten binnen sieben Tagen zum Bundeskanzler ernennen und vereidigen.

3. Bildungs des Kabinetts

Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministerinnen und Bundesministern. Sie zusammen bilden das sogenannte Bundeskabinett oder einfach nur Kabinett.

Die Bundesministerinnen und -minister werden vom Kanzler vorgeschlagen und wiederum vom Bundespräsidenten ernannt. Sie leisten dann vor dem Bundestag den Amtseid und treten dann ihr Amt an. Einen der Bundesminister ernennt der Kanzler zu seinem Stellvertreter; in jüngerer Zeit war dies der Außenminister.

Der Kanzler hat eine hervorgehobene Stellung in der Regierung: Ihm allein steht das Recht zu, die Zahl der Minister sowie ihre Geschäftsbereiche festzulegen.

Der Bundeskanzler wählt die Minister aus und macht einen für den Bundespräsidenten verbindlichen Vorschlag zu ihrer Ernennung oder Entlassung. Praktisch gesehen ist der Bundeskanzler jedoch nicht völlig frei in der Auswahl seiner Minister: In der Regel wird er auf erfahrene Partei- oder Fraktionskollegen zurückgreifen, die bereits Ministererfahrung haben oder sich in anderen Bereichen in Führungsaufgaben und Fachbereichen bewährt haben. Auch muss er auf die Ressortwünsche eines Koalitionspartners Rücksicht nehmen.

4. Das Kabinett und die Regierungsprinzipien

Die Leistungsfähigkeit der Regierung hängt gleichermaßen von der starken verfassungsrechtlichen Stellung des Bundeskanzlers und von Arbeit und Zusammenwirken der Ministerinnen und Minister ab. Eine wichtige Rolle in der Praxis des Regierens spielt deshalb immer das Team der Regierungsmannschaft oder das sog. Kollegium, in dem der Bundeskanzler und seine Ministerinnen und Minister ihre Entscheidungen treffen. Dieses Team "Bundesregierung" leistet seine Arbeit nach drei wichtigen Prinzipien: dem Kanzler-, dem Kollegial- und dem Ressortprinzip. Alle drei Prinzipien sind im Grundgesetz aufgeführt und in den bisherigen Geschäftsordnungen niedergelegt und regeln den Umgang vor allem mit ressortübergreifenden Fragestellungen sowie die Zusammenarbeit in der Regierung.

Nach dem Kanzlerprinzip bestimmt der Kanzler die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung, mit anderen Worten: Er leitet die Geschäfte der Bundesregierung.

Nach dem Ressortprinzip leitet jeder Minister seinen Aufgabenbereich in eigener Verantwortung - der Kanzler darf also nicht ohne weiteres in die Befugnisse seiner Ministerinnen und Minister eingreifen.

Nach dem Kollegialprinzip entscheiden Kanzler, Minister und Ministerinnen gemeinsam, wenn über Angelegenheiten von allgemeiner politischer Bedeutung zu beschließen ist. Bei Meinungsverschiedenheiten ist der Kanzler allerdings "Erster unter Gleichen".

Wie die Bundesregierung arbeitet

Eine der Hauptaufgaben der Regierung ist es, die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zu regeln. Um dies zu tun, kann die Bundesregierung Gesetze entwerfen und vorschlagen.

Dies dürfen laut Grundgesetz ansonsten nur noch Bundestag und Bundesrat. Die Bundesregierung kann jedoch Gesetze nicht selber beschließen, d.h. für das Zusammenleben in Deutschland verbindlich machen. Sie hat deshalb nur das sogenannte „Initiativrecht“ inne, d.h. sie darf ihre Gesetzentwürfe in den Bundestag zur Abstimmung einbringen. Ob ein solches Gesetz dann in Deutschland in Kraft tritt und mit welchem Inhalt, darüber entscheiden dann vor allem der Bundestag als Vertretung des Volkes sowie unter Umständen der Bundesrat als Länderkammer.

Kabinettsinterne Beratung und Entscheidung

Bevor ein Gesetz den Weg über die Behörden und Staatsorgane durchläuft, muss die Absicht im Kabinett beschlossen werden. Dies ist wichtig, da die Bundesregierung bei der Erledigung

ihrer Aufgaben in verschiedene Fachbereiche – den Ressorts oder Bundesministerien – aufgeteilt ist. Da die Gesamtaufgabe der Regelung der Lebensverhältnisse in Deutschland meist sehr vielfältig ist, sind von neuen Gesetzen in der Regel gleich mehrere Fachbereiche bzw. Ministerien betroffen. Aus diesem Grund muss im Kabinett als Kollegium zwischen den Ministerinnen und Ministern als Chefs der einzelnen Ressorts entschieden werden, ob und mit welchem Inhalt ein Gesetz initiiert werden soll. Dabei spielt der Bundeskanzler als Regierungschef kraft seiner Richtlinienkompetenz eine maßgebliche Rolle.

Ausarbeitung eines Referentenentwurfs

Als nächstes wird von den Ministerialbeamten des federführenden oder zuständigen Ministeriums ein sog. Referentenentwurf zu dem beabsichtigten Gesetz ausgearbeitet. Dieser wird innerhalb der Bundesregierung abgestimmt und im Bundeskabinett entschieden.

Vorlage beim Bundesrat

Bevor dem Bundestag das Gesetz vorgelegt werden kann, muss erst die Stellungnahme des Bundesrats eingeholt werden, denn Artikel 76 des Grundgesetzes sieht vor: „Vorlagen der Bundesregierung sind zunächst dem Bundesrat zuzuleiten.“ Der Bundesrat hat sechs Wochen Zeit, sich zu dem Gesetz zu äußern.

Weiterleitung an den Bundestag

Nachdem der Bundesrat seine Stellungnahme abgegeben hat, wird das Gesetz an den Bundestag weitergeleitet – die Volksvertretung, die letztlich Gesetze beschließt.

Beratung und Abstimmung im Bundestag

Im Bundestag wird über den Gesetzentwurf in Lesungen – maximal drei an der Zahl – beraten und abschließend entschieden. Dabei genügt zur Annahme die einfache Mehrheit; nur verfassungsändernde Gesetze bedürfen einer Zweidrittelmehrheit.

Weiterleitung an den Bundesrat

Auch wenn der Bundestag das Gesetz beschlossen hat, kann es danach noch nicht in Kraft treten. Die Bundesrepublik als föderaler Staat sieht bei Bundesgesetzen die systematische Beteiligung der Länder vor. Dabei unterscheidet die Verfassung zwischen Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen.

Handelt es sich um ein Einspruchsgesetz, hat der Bundesrat ein vorübergehendes Vetorecht, d.h. er kann das Gesetz mit der einfachen Mehrheit seiner Mitglieder ablehnen.

Anschließend hat der Bundestag immer noch die Möglichkeit, mit der Mehrheit seiner Mitglieder den Beschluss des Bundesrats zu überstimmen.

Handelt es sich hingegen um ein Zustimmungsgesetz, hat der Bundesrat ein nachhaltiges Vetorecht, d.h. er kann mit der einfachen Mehrheit seiner Mitglieder den Gesetzentwurf unwiderruflich ablehnen.

Anrufung des Vermittlungsausschusses

Sowohl bei einem Einspruchs- als auch bei einem Zustimmungsgesetz kann der Bundesrat verlangen, dass ein gemeinsam aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates gebildeter Ausschuss zur Beratung der Vorlage einberufen wird. Sinn und Funktion des Vermittlungsausschusses ist es, gerade bei den in der Bundesrepublik typischerweise bestehenden unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen in Bundestag und Bundesrat einen Kompromiss zu erzielen, der Bundes- und Länderinteressen in Einklang bringt.

Änderung am Gesetzentwurf

Als Ergebnis der Beratungen im Vermittlungsausschuss können sich Änderungen am ursprünglichen Entwurf ergeben.

Erneute Vorlage beim Bundestag

In dem Fall, dass der Vermittlungsausschuss Änderungen an dem Gesetzentwurf vorgenommen hat – etwa durch Streichen oder Hinzufügen eines Paragraphen –, muss der Bundestag über die Vorlage erneut entscheiden. Handelt es sich um ein Zustimmungsgesetz, muss darüber hinaus auch der Bundesrat einwilligen.

Vorlage bei der Bundesregierung

Nachdem Bundestag und Bundesrat keinen Einspruch erhoben bzw. dem Gesetz zugestimmt haben, erhält schließlich die Bundesregierung „ihren“ Entwurf zurück.

Ausfertigung und Unterzeichnung

Nachdem der Bundeskanzler sowie der zuständige Fachminister der Bundesregierung das Gesetz gegengezeichnet haben, erhält der Bundespräsident das Gesetz zur Ausfertigung und Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt. Mit der Ausfertigung wird sicher gestellt, dass der von der Verfassung vorgesehene Gesetzgebungsablauf formal korrekt eingehalten wurde.

Quelle: www.Bundesregierung.de